

Ölimporte | 25.09.2014 | Lesezeit 3 Min.

Geben und Nehmen

Die internationalen Mineralöllieferanten verdienen nicht nur viel Geld mit Deutschland, sie kaufen hierzulande auch kräftig ein. So wurden 2013 bereits 7,4 Prozent aller deutschen Investitionsgüter in erdölexportierende Länder geliefert, mehr als doppelt so viel wie im Jahr 2000. Fachleute sprechen deshalb vom Petrodollar-Recycling.

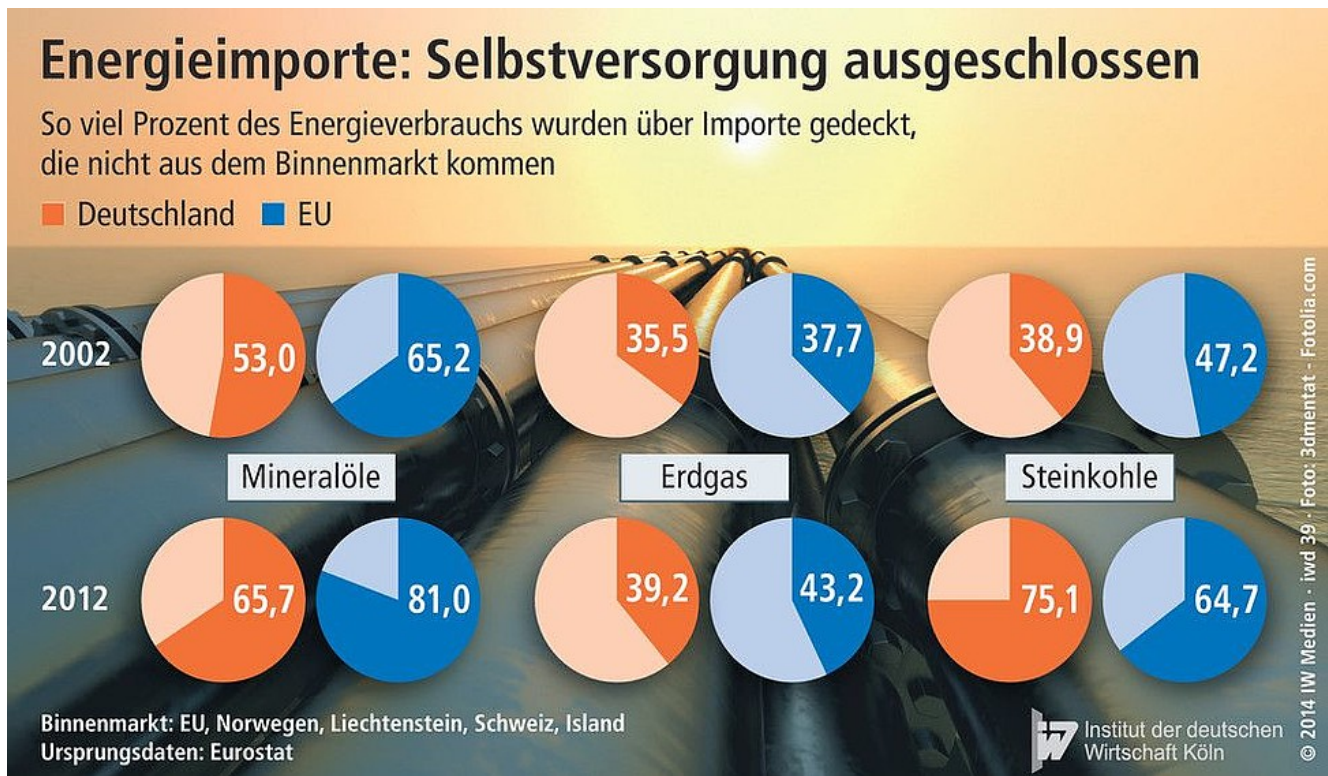
Die deutsche Wirtschaft ist mit dem Ausland gut vernetzt – als Kunden und als Lieferanten sind deutsche Firmen weltweit gefragt. Das spiegelt sich im Anteil der Ein- und Ausfuhren am Bruttoinlandsprodukt wider. Der Mittelwert aus beiden Kennziffern war 2012 mit knapp 49 Prozent höher als in anderen großen Volkswirtschaften.

Dabei hat sich nicht nur die Exportquote seit Mitte der 1990er Jahre auf 51 Prozent (2013) mehr als verdoppelt. Auch die Importquote ist von 23 auf 44 Prozent gestiegen. Dahinter steht, dass sich die deutsche Wirtschaft auch auf der Ebene der Vorleistungen mit dem Ausland stark vernetzt hat. Das ist gut so, denn den europäischen Krisenländern wäre wenig geholfen, wenn Deutschland wieder mehr selbst machte und Importe einschränkte.

Was generell als Erfolgsrezept gilt – das gegenseitige Geben und Nehmen –, wird im Falle der Energieversorgung allerdings anders gesehen: Importabhängigkeiten zu reduzieren, scheint vielen das Gebot der Stunde – nicht zuletzt aufgrund von Unruhen außerhalb der EU.

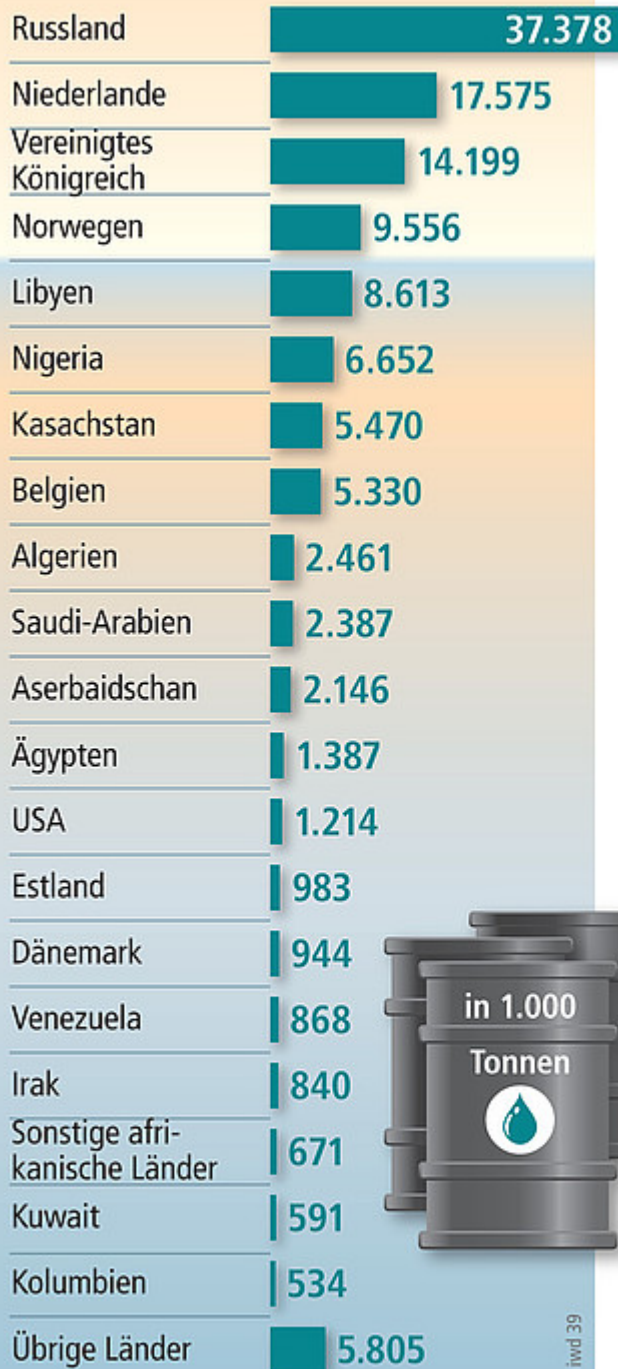
Wer realistisch ist, stellt jedoch schnell fest, dass der Unabhängigkeit enge Grenzen gesetzt sind. Denn Deutschland kann nur wenige Energierohstoffe selbst fördern. Vielmehr bezieht die Bundesrepublik 66 Prozent des Öls – einschließlich der

Mineralölprodukte - und 39 Prozent des Erdgases aus Ländern, die nicht dem europäischen Binnenmarkt angehören (Grafik).




Auch die Europäische Union insgesamt ist alles andere als autark: Sie importiert sogar 81 Prozent des Öls und 43 Prozent des Erdgases aus Drittstaaten. Und mit einem Anteil von einem Drittel haben Mineralöle nach wie vor die größte Bedeutung im deutschen und europäischen Energiemix.

Woher Deutschlands Öl kommt



Stand: 2012; Öl einschließlich Ölprodukte; Ölprodukte: Umschlagplätze (z.B. Belgien und Niederlande) werden als Ursprungsland ausgewiesen
 Ursprungsdaten: Eurostat

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 39

Ein hoher Importanteil kann trotzdem Hand in Hand gehen mit Versorgungssicherheit – unter zwei Voraussetzungen: Erstens muss die Zahl der Lieferländer ausreichend groß sein, damit einzelne Ausfälle kompensiert werden können. Zweitens müssen verschiedene Transportwege zur Verfügung stehen, damit die Sabotage einer Pipeline nicht zum Versorgungsengpass führt.

Das Beispiel Mineralöl zeigt, dass sich in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahrzehnten vieles zum Besseren gewendet hat.

Die Älteren werden sich noch erinnern: 1973 hatte das Kartell der OPEC-Staaten die Ölexporte gedrosselt, in der Folge wurden in Deutschland sogar sonntägliche Fahrverbote beschlossen.

Die heutige Situation unterscheidet sich jedoch von der damaligen: Ende der 1970er Jahre wurden rund 70 Prozent des Rohöls aus den OPEC-Staaten importiert. Heute ist es noch rund ein Viertel.

Deutschlands - und Europas - Öl kommt inzwischen aus vieler Herren Länder und auf zig Transportrouten (Grafik). Der Ausfall eines Lieferanten lässt sich somit kompensieren. Hinzu kommen neue Akteure wie die USA, die durch das Fracking erhebliche Mengen an unkonventionellem Öl fördern. Das wirkt den kriselnden Ölmärkten im Nahen Osten und in Afrika entgegen:

Ein Fass Öl (159 Liter) kostete Mitte September 2014 rund 95 Dollar - so wenig wie seit anderthalb Jahren nicht mehr.

Auch mit Blick auf den mittel- bis langfristig abnehmenden Verbrauch dürfte unter diesen Rahmenbedingungen eine sichere Ölversorgung gewährleistet werden können.

Und noch aus einem ganz anderen Grund ist die negative Sicht auf Energieimporte verkürzt: Die anziehenden Ölpreise haben in den vergangenen 15 Jahren erhebliche Einnahmen in die Kassen der Ölländer gespült und dort zu einem Investitionsboom geführt. Die nominalen Bruttoinvestitionen in diesen Staaten haben sich von 240 Milliarden Dollar im Jahr 2000 auf gut 1.450 Milliarden Dollar 2013 versechsfacht. Das Gewicht der Ölländer an den weltweiten Bruttoinvestitionen ist zuletzt auf rund 8 Prozent gestiegen. Das entspricht in etwa ihrem Beitrag zur Weltproduktion.

Davon hat die stark auf Investitionsgüter ausgerichtete deutsche Wirtschaft profitiert. Im Jahr 2013 lieferten deutsche Investitionsgüterhersteller Waren für 64 Milliarden Dollar an die Ölproduzenten, bis zum Jahr 2000 waren es jährlich nur rund 12

Milliarden Dollar.

Gemeinschaftsaufgabe Energiewende

Ein gutes Beispiel dafür, in welchen Fällen es sinnvoll ist, die Energieversorgung mit ausländischen Partnern zu stemmen, sind die erneuerbaren Energien. Wenn die Sonne nicht scheint oder der Wind nur säuselt, muss auf andere Stromquellen zurückgegriffen werden. Solche Stromschwankungen lassen sich oft ohne großen Aufwand durch grenzüberschreitende Lieferungen ausgleichen.

Günstiger wird die Stromversorgung auch dann, wenn die natürlichen Standortvorteile einzelner Regionen genutzt werden, indem etwa die Solarenergie in den sonnenreichen Gegenden Spaniens und die Windkraft an den stürmischen Küsten Schottlands erzeugt werden.

Außerdem sind erneuerbare Energien auch aus technischer Sicht keine rein nationale Veranstaltung: Vielmehr besteht eine indirekte Importabhängigkeit beispielsweise bei Solarzellen oder auch Metallen, die zur Produktion von Windrädern notwendig sind.

Kernaussagen in Kürze:

- Die internationalen Mineralöllieferanten verdienen nicht nur viel Geld mit Deutschland, sie kaufen hierzulande auch kräftig ein.
- Auch die Europäische Union insgesamt ist alles andere als autark: Sie importiert sogar 81 Prozent des Öls und 43 Prozent des Erdgases aus Drittstaaten.
- Was generell als Erfolgsrezept gilt – das gegenseitige Geben und Nehmen –, wird im Falle der Energieversorgung allerdings anders gesehen: Importabhängigkeiten zu reduzieren, scheint vielen das Gebot der Stunde – nicht zuletzt aufgrund von Unruhen außerhalb der EU.